



Interview

Der mündige Bürger: „Die Verdrängung des Bargelds“ – mit Autor Hansjörg Stützle



Der Unternehmer und Autor Hansjörg Stützle beschäftigt sich seit 25 Jahren mit dem Thema Bargeld, dem immer mehr die Abschaffung droht. Im Rahmen einer Veranstaltung sprach Stützle über die Verdrängung des Bargelds. Er zeigt darin sehr gut ihre verborgenen Mechanismen auf, die so den meisten Menschen ja gar nicht bewusst sind. Sehen Sie nun, verehrte Zuseher, das Gespräch in voller Länge, das HOCH2.TV filmte und aufbereitete. Der Erhalt des Bargelds sollte allen ein großes Anliegen sein – jeder kann seinen Beitrag dazu leisten. Hören Sie selbst!

„Am 29. März 2025 fand im Kulturhaus Dornbirn die Veranstaltung „Freiheit & Selbstbestimmung – Der mündige Bürger“ mit interessanten Beiträgen zu Rechtsstaat, Souveränität und Bargeld statt. Veranstalter war die Akademie für Persönlichkeitsbildung Dornbirn. HOCH2.TV hat für Sie, verehrte Zuseher, alle Beiträge mit der Kamera festgehalten und aufbereitet. Kla.TV bringt heute das Gespräch mit Hansjörg Stützle zur Verdrängung des Bargelds.“

[Moderator:] Jetzt kommen wir zu Herrn Hansjörg Stützle und dem Thema Bargelderhalt bzw. Bargeldabschaffung. Auch thematisch verwandt, wenn auch ein kleiner Schwenk.

Lieber Herr Stützle, vielleicht mal erst vorab kurz zur Frage an Sie. Wie kommt man denn eigentlich dazu, sich mit dem Thema Bargeldabschaffung oder Bargelderhalt so intensiv zu befassen, wie Sie das tun?

[Hansjörg Stützle:] Ja, also bei mir ist es schon ziemlich lange her, sicherlich so 25 Jahre. Und erst mal aus der Logik heraus, weil es Gegner gibt für ein freies Zahlungssystem. Und das ist vor allem die Finanzindustrie. Vor ca. 25 Jahren war mir klar, dass dieses Thema irgendwann mal auf den Tisch kommen wird. Weil, Bargeld gefährdet deren Businessmodell in Form von „Bankenruns“, die möglich sind. Das heißt also, die Finanzindustrie ist im Grunde genommen immer im Stress, das Vertrauen der Bürger auf einen ganz bestimmten Level zu dem Geldsystem aufrechtzuerhalten. Wenn dieses unter eine ganz bestimmte Schwelle fällt, dann kriegt der Bürger oder Bürgerin Angst und geht zur Bank. Er möchte das Geld haben, möchte das in seinen eigenen Einflussbereich bringen. Und dann entstehen Schlangen, dann entsteht ein Bankenrun und, und, und. Und dann ist natürlich eine ganz große Krise einmal da. Dort war es mir einfach klar, es gab damals noch keine Manifestation zur Bargeldabschaffung. Aber dann in der Finanzkrise 2007-2009 kam eine ziemlich starke Manifestation. Kaum einer hat es gemerkt, nämlich mit realen Bargeldverboten. Und es wurde nicht groß gemerkt, weil man es mit einem schönen Tarnwort umschrieben hat, nämlich Bargeld-Obergrenzen. Eine Bargeld-Obergrenze ist bereits ein Bargeldverbot ab einer Grenze. Wir haben in Europa – dort hat es dann begonnen in Europa – 18 Länder mit Bargeldverboten ab einer Grenze. Griechenland zum Beispiel ist das Land mit der geringsten Bargeld-Obergrenze von nur noch 500 Euro. Das heißt, wenn Sie jetzt nach Griechenland gehen, eine Hotelrechnung von 501 Euro bezahlen wollen – ist es gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt, es mit Bargeld zu bezahlen. Griechenland hat bereits zwei Versuche

gemacht, die Bargeld-Obergrenze auf 200 Euro zu reduzieren. Aber das ging nicht, weil der 500-Euro-Schein noch das gesetzliche Zahlungsmittel ist. Und das ist der einzige Grund, dass wir keine geringere Bargeld-Obergrenze haben.

[Moderator:] Ja, und diese Entwicklungen sind ja offensichtlich vielen Bürgern gar nicht bekannt im Alltag. Also manche nehmen das einfach so hin. Ich meine, in Deutschland liegt es, glaube ich, bei 10.000 Euro. Oder ist das meine Information?

[Hansjörg Stützle:] Nein, also eine klassische Bargeld-Obergrenze in „POS“, in Point of Sale, gibt es momentan in Deutschland noch nicht.

[Moderator:] Nicht mal bei Einzahlungen, also das ist dann die Nachweispflicht für Steuer-Geldwäsche und so?

[Hansjörg Stützle:] Genau, also der Händler hat eine Aufzeichnungspflicht, aber ab 2027 soll europaweit eine Bargeld-Obergrenze von 10.000 Euro gelten. Das ist das Thema. Die Länder, die bereits drunter sind, dürfen das behalten. Man darf jederzeit unter 10.000 die Bargeld-Obergrenze hinsetzen.

[Moderator:] Und wie erklären Sie sich, dass es dann doch so ein relativ vergleichbar geringes Problembewusstsein gibt in diesem Bereich? Ist den Bürgern da die Tragweite der Bedrohung ihres Bargelds vielleicht noch gar nicht bewusst?

[Hansjörg Stützle:] Definitiv nicht. Ich komme jetzt von einer langen, langen Vortragsreise zurück. Seit Januar bin ich nur noch auf Vortragsreisen. Wenn ich zwei Stunden darüber rede, über die Mechanik hinter der Bargeldabschaffung, sagen ganz viele Menschen: Ich wusste, dass das ein Thema ist, aber ich wusste nicht, dass es so brisant ist.

[Moderator:] Also wenn man die Deutsche Bundesbank hingegen hört, dann ist doch eigentlich alles in bester Ordnung. Da wird versichert, es sei genug Bargeld da, es wäre auch weiterhin im Fortbestand gesichert. Man richtet sich ja generell auch nur nach dem, was die Bevölkerung angeblich will. Wir haben da mal eine kleine Einspielung vorbereitet.

Sie waren im vergangenen Sommer, glaube ich, Gast beim Südwestrundfunk, öffentlich-rechtlicher deutscher Sender der ARD. Da ging es genau um dieses Thema. Vielleicht schauen wir noch mal kurz rein.

[Moderatorin:] Tja, für diese Frage habe ich jetzt den richtigen Studiogast bei mir. Stefan Hardt ist bei uns. Er leitet den Zentralbereich Bargeld bei der Bundesbank. Guten Abend. Wie lange werden Sie, wie lange wird die Bundesbank noch bei uns für frisches Bargeld sorgen?

[Stefan Hardt:] So lange, wie die Bürger das Bargeld nutzen wollen.

[Moderatorin:] Gilt das für alle Bargeldnoten, für jegliches Klimpergeld?

[Stefan Hardt:] Ja, natürlich. Im Grunde genommen ist es ja so, dass die Bürger ganz, ganz überwiegend sagen: Sie möchten die Möglichkeit haben, mit Bargeld zu zahlen. Das sind etwa 93 Prozent der Bevölkerung, die das möchten. Und die tun das nicht alle. Aber sie möchten zumindest die Option haben, bar zahlen zu können. Und solange die Menschen mit Bargeld zahlen möchten, werden wir dieses Bargeld auch bereitstellen.

[Moderatorin:] Da kann ja der Bargeld-Fan jetzt aufatmen. Hör ich da einen Stein vom Herzen plumpsen, Herr Stützle?

[Hansjörg Stützle:] Auf gar keinen Fall, weil es ja gerade genau gesagt wird: Solange die Nachfrage da ist, hält die Deutsche Bundesbank dran fest. Und das ist das ganze Problem. Das sollten Sie vielleicht auch noch definieren, was Nachfrage ist. Wie hoch muss die Barzahlungsquote sein? Und somit haben wir Bürger es letzten Endes selbst in der Hand – zahlen wir mit Karte oder mit Bar? Das sagen wir im Grunde genommen in der Kartenzahlung hier. Ich bin für die Bargeldabschaffung oder ich bin für den Bargelderhalt. Also es ist ein entscheidender Punkt, den wir hier mit berücksichtigen müssen. Und der Bürger hat leider Bargeld nicht mehr in der eigenen Hand, weil die Wirtschaft hingegangen ist, Bargeld abzulehnen. Also das heißt, es gibt hier in Deutschland die ersten Händler, die Bargeld ablehnen. Und man weiß, dass auf dieser Grundlage das Bargeld dauerhaft keine Überlebenschance hat. Denn die Wirtschaft entscheidet darüber, ob wir Bürger die Wahl haben, mit Bargeld zu bezahlen.

[Moderator:] Also ich glaube, bei Ihren letzten Worten hat der Herr Banker nicht so glücklich drein geblickt, oder?

[Hansjörg Stützle:] Ja, das war nicht so ganz in seinem Sinne. Manchmal habe ich das Gefühl, dass die Deutsche Bundesbank dafür zuständig ist, immer zu beruhigen, zu beruhigen: Das Bargeld ist sicher. Aber letzten Endes koppeln sie es an der Nachfrage. Ich habe ja die Frage gestellt: Was versteht die Deutsche Bundesbank unter Nachfrage – und er ist nicht darauf eingegangen.

Es gibt einfach einen gewissen Mechanismus in der Bargeldabschaffung, den ich vielleicht mal ein bisschen erklären darf.

[Moderator:] Wir haben ja da das Schaubild auch vorbereitet.

[Hansjörg Stützle:] Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es ist so, dass natürlich die Strukturen das Bargeld abschaffen. Und ich versuche, etwas zu erklären, wo ich normalerweise zwei Stunden brauche. Das versuche ich jetzt in fünf Minuten. Zeit läuft, okay.

Also wir sehen auf der linken Seite erst mal, es muss eine Infrastruktur aufgebaut werden für das bargeldlose Bezahlen. Das ist ein Mammutprojekt gewesen, das über Jahrzehnte gegangen ist. Man kann in Deutschland zumindest sagen, dass es vollendet ist. Und hier in Österreich vielleicht auf der Berghütte noch nicht. Aber sonst ist die Infrastruktur erschaffen. Das ist im Grunde genommen gesetzt worden.

Auf der rechten Seite sehen wir, dass ein Marketing und Beschallung natürlich stattfindet durch das Marketing. Es wurden Milliarden investiert, um für digitales Bezahlen zu werben. Und viele Menschen gehen nun in dieses System unreflektiert letzten Endes rein. Was dann auch ein bisschen traurig ist, dass auch eine Werbung gegen das Bargeld umgesetzt wurde. Wir haben es leider in der Coronazeit wahrgenommen, wo dann in der Wirtschaft Schilder aufgestellt wurden: Bitte bezahlen Sie aus hygienischen Gründen nicht mit Bargeld etc. Und ganz viele Menschen haben das geglaubt und sind dann tatsächlich in das digitale System reingekommen.

Dann haben wir das Thema: Ablehnung des Bargeldes durch die Wirtschaft. Das ist ein ganzbrisantes Thema. Bargeld ist eigentlich gesetzlich verankert in drei ganz mächtigen Gesetzen: Eigentlich im Bundesbankgesetz; es ist in der EZB-Satzung sowie auch im EU-Vertrag verankert in Form, dass es das Privileg des gesetzlichen Zahlungsmittels hat und eigentlich im Handel Annahmezwang hat. Dies wurde im Jahre 2010 durch eine Kommissionsempfehlung ins Rollen gebracht – mit dem Argument der Vertragsfreiheit, dass der Handel Bargeld ablehnen kann. Also die sehen die Vertragsfreiheit der Wirtschaft und des Handels höhergestellt. Das bestätigt auch die Deutsche Bundesbank. In diesem Interview haben wir das auch dann thematisiert. Das istbrisant, ganz gefährlich, weil durch

diese Interpretation ist es tatsächlich heute Fakt, dass der Handel Bargeld ablehnen darf. Das heißt, wir Bürger haben Bargeld nicht mehr in den eigenen Händen – also eine Wahlfreiheit – sondern die Wirtschaft entscheidet nun darüber, ob wir mit Bargeld bezahlen dürfen oder nicht. Das ist Fakt.

Dann haben wir einen weiteren Aspekt und das ist die Einführung des E-Euros. Der E-Euro wird im Oktober dieses Jahres in die dritte Phase voraussichtlich gehen. Es gibt einen Verordnungsvorschlag für den E-Euro, also einen Gesetzesentwurf. Der soll im Oktober aller Voraussicht nach im EU-Parlament darüber entschieden werden. Und dann kann es sein, dass wir in den nächsten ein, zwei, drei Jahren tatsächlich einen direkten Konkurrenten zu Bargeld in POS, in Point of Sale, also im Einzelhandel, dann tatsächlich haben.

Diese drei Blöcke verursachen, dass der Bürger immer mehr in dieses System reingedrängt wird und konditioniert wird auf das digitale Bezahlen. Und jetzt kommt es – und das ist das Allerwichtigste – nämlich die „Barzahlungsquote“ ist ein ganz wichtiger Begriff. Die Deutsche Bundesbank hat es auch im Interview hier gesagt, dass sie es an die Nachfrage koppeln. Wie gesagt, ich habe die Deutsche Bundesbank gefragt, was sie unter Nachfrage verstehen. Nach meinen Berechnungen liegt es bei 15 Prozent. Man kann streiten zwischen 10 und 15 Prozent. Dann beginnt die Infrastruktur des Bargeldes viel zu teuer zu werden. Dann greift das sogenannte „Verhältnismäßigkeitsprinzip“: Ist die Infrastruktur zu teuer im Verhältnis zu dem, wie die Menschen noch mit Bargeld bezahlen – und dann kollabiert es.

Wir haben momentan die Situation, dass pro Jahr die Barzahlungsquote um 4 Prozent in Deutschland, also insgesamt 3,8 Prozent – aber ich runde ein bisschen auf 4 Prozent auf – pro Jahr reduziert. Bei Einführung des E-Euros wird sich das potenzieren und wir werden relativ schnell dann die Situation haben, die wir in anderen Ländern haben, wie zum Beispiel in Schweden etc.: Dass die Barzahlungsquote vielleicht dann nur noch 10 oder 15 Prozent ist. Und dann ist das Bargeld leider aus diesen Gründen, die ich jetzt hier kurz niedergelegt habe, wo ich normalerweise zwei Stunden brauche, obsolet.

[Moderator:] Was mich interessieren würde: Wie wirkt sich denn allgemein die Tendenz zu Kryptowährungen aus auf das Barzahlungsverhalten? Es gibt ja immer mehr Anbieter, die auch Krypto jetzt schon verwenden – also das ist vielleicht noch in den Kinderschuhen, also im Onlinehandel eher. Aber im Barhandel, im Einzelhandel gibt es das in Deutschland vereinzelt auch schon, dass man tatsächlich mit Bitcoin zum Beispiel was bezahlen kann? Wenn Sie irgendwo Pizza essen gehen, bezahlen Sie mit Krypto. Könnte das auch das Bargeld noch zusätzlich bedrohen, neben den von den Nationalbanken rausgegebenen digitalen Zahlungsmitteln?

[Hansjörg Stützle:] Tendenziell weniger. Also bei Zahlungsmitteln muss man das ein bisschen differenzieren. Es geht einmal um Geldanlage: Also wenn starke Volatilität [= Schwankungsbreite von Preisen] ist, ist das eigentlich gar nicht zu einer Zahlung so richtig geeignet. Denn eine Wertigkeit wollen die Menschen, wo es unter starken Spekulationen auch unterworfen ist, nicht zur Zahlung nutzen. Also entweder geht es um Geldanlage oder es geht um ein Zahlungsmittel. Ein gutes Zahlungsmittel hat keine Volatilität, also keine Schwankungen vom Wert etc.

Also aus aktueller Sicht – man wird sehen, wie sich das mit den Kryptowährungen jetzt dann entwickeln wird – sehe ich da keine Gefahr drin. Eine viel größere Gefahr ist tatsächlich der E-Euro. Der E-Euro soll das Privileg des gesetzlichen Zahlungsmittels bekommen etc. Ich möchte nicht alles darlegen jetzt, es ist sehr sehr komplex.

[Moderator:] Hochinteressantes Thema. Was sicherlich auch viele Zuschauer interessiert: Warum macht man das? Warum wird eigentlich das Bargeld reduziert? Ist das nur eine Frage der Bequemlichkeit? Oder sehen Sie da ganz klar auch in dem Fall einer Agenda, die Bürger letztlich damit in Abhängigkeiten zu bringen und zu entmündigen, zum Beispiel

Stichwort Sozialkontrolle? Dass man dann irgendwann den Zugang zu elektronischen Zahlungsmitteln natürlich viel einfacher regulieren kann als bei Bargeld? Deswegen sagt man ja auch: „Bargeld ist geprägte Freiheit“ und elektronisches Geld ist natürlich zwangsläufig von außen, sage ich jetzt mal, im Zugriff zu beschränken. Ist das das Motiv dahinter?

[Hansjörg Stützle:] Also es gibt natürlich viele Motive. Man muss nach dem Aspekt „Cui Bono“ gehen, also wem nutzt es? Und dann kommt man natürlich zu gewissen Antworten. Ich selber gehe gar nicht so tief in dieses Thema hinein, weil es eigentlich vom Thema ein bisschen ablenkt in einer gewissen Weise. Worüber ich eigentlich rede ist: über die Mechaniken und Strukturen hinter der Bargeldabschaffung, hinter dem Kreislauf. Es läuft viel subtiler ab, nämlich: Man erschafft ein Milieu für das Bargeld, in dem Bargeld nicht überleben kann. Das heißt, momentan gibt es gewaltige Angriffe auf das Bargeld. Einerseits kann es von der Wirtschaft abgelehnt werden.

Aber was viel dramatischer ist noch aus meiner Sicht: Dass der Staat immer stärker eingreift in Form, dass er Bargeld ablehnt. Ich beziehe es auf Deutschland, weil ich mich da ein bisschen besser auskenne. Dass zum Beispiel Schwimmbäder kein Bargeld mehr nehmen, die ersten Freibäder kein Bargeld mehr nehmen. Dass die Parkhäuser, Parkplätze kein Bargeld mehr annehmen, sogar Bürgerbüros, die kein Bargeld mehr annehmen. Wir haben zum Beispiel in Düsseldorf die Situation, dass alle Bürgerbüros bargeldlos gemacht wurden – bis auf eines, das dann am Bahnhof ist. Das ist viel gefährlicher, weil da kann man gar nicht mehr ausweichen. Das heißt, der Bürger wird immer mehr in dieses System massiv gedrängt und das ist sehr, sehr gefährlich. Das heißt, wir brauchen auch einen „Bargeldannahmefreizeit“ letzten Endes wieder.

[Moderator:] Ich stelle die Frage auch deshalb mit Blick auf das Veranstaltungsthema „Mündiger Bürger“. Denn eins ist ja klar: Wenn Sie nicht mehr bar bezahlen, in welcher Form auch immer Sie elektronisch bezahlen, ist es letztlich kein anonymes Zahlen mehr.

[Hansjörg Stützle:] Ja, definitiv.

[Moderator:] Das ist ja der Punkt. Bargeld ist immer anonymes Zahlen. Ich kann irgendwo hingehen, kann was zahlen. Keiner fragt mich, wer ich bin. Der nimmt mein Geld, der interessiert sich nicht für mich.

Beim bargeldlosen Bezahlen wird immer praktisch mein gesamtes Portfolio, meine ganze Durchleuchtung gewissermaßen mitgeliefert. Vom Aufenthaltsort, wo ich gerade bin, bis hin zu dem, was bei mir auf dem Konto passiert, was ich mache. Deswegen hatte ich gefragt, ob da nicht ganz klar das Ziel dahinter ist: Hier mehr oder weniger einen Totalitarismus zu etablieren, mit dem die Bürger eigentlich wirklich für den Staat immer und überall detektierbar sind und gläsern gemacht werden.

[Hansjörg Stützle:] Also ich will das grundsätzlich mal offen lassen. Eines kann ich aber definitiv sagen: Eine freie Gesellschaft braucht zwingend ein freies, nicht überwachungsfähiges Zahlungssystem. Und alles, was digital ist, kann natürlich sehr leicht auch überwacht werden. Tatsächlich beginnt dann auch die Gesellschaft duckmäuserisch zu werden. Also wenn jetzt heute dieses Event nur digital bezahlt werden würde, wäre es aufgezeichnet, dass Sie heute hier sind. Theoretisch könnte es sein, dass Sie nun auch zur „Persona non grata“ kommen oder gesetzt werden.

[Moderator:] Sind wir alle schon, nehme ich an.

[Hansjörg Stützle:] Nein, also zum Glück bin ich es noch nicht. Ich muss das ganz offen sagen. Also ich habe noch bis Januar überhaupt keine Angriffe gehabt, weil ich alles sehr faktenbasiert argumentiert habe. Aber seit meiner letzten Vortragsreise beginnt es leider und es wird nicht faktenbasiert gesetzt, sondern es werden Dinge hinzugedichtet. Und es ist ganz, ganz gefährlich und das finde ich ein bisschen schade.

[Moderator:] Definitiv. Und deswegen ist es auch wichtig, dass Sie das so sachlich alles aufbereiten. Sie machen sich damit auch unangreifbar und das kann auch niemand widerlegen. Das ist alles objektiv faktenbasiert und deswegen ist das ein sehr wichtiger Beitrag auch in dieser Debatte. Also herzlichen Dank von meiner Seite nochmal.

[Hansjörg Stützle:] Danke.

[Moderator:] Wir haben die Reihenfolge hier thematisch etwas verändert, deshalb würde ich jetzt als nächstes den Herrn Stützle nochmal zu mir bitten. Ja, das ist noch recht frisch in Erinnerung, was Sie vorhin über das Bargeld alles ausgeführt hatten. Da ist der zeitliche Abstand zwischen den beiden Vorträgen am kürzesten. Deswegen ist auch die Überleitung zum Lösungspart hier am einfachsten, weil da können wir gleich nahtlos weitermachen.

Also das Problem ist ja, wir hatten es vorhin beschrieben: Bargeld immer mehr unter Druck. Und jetzt die große Gretchenfrage: Was können wir individuell, was kann jeder Einzelne dagegen tun, dass Bargeld weiter verschwindet oder ins Hintertreffen gerät?

[Hansjörg Stützle:] Ja, eine kurze Frage, lange Antwort: Es ist außerordentlich schwierig. Wir haben wirklich die Ausgangssituation, dass einmal die Wirtschaft Bargeld ablehnen kann, zum Zweiten der Staat Bargeld ablehnt. Apropos, das einzige reine staatliche Geld ist Bargeld! Und der Staat lehnt sein eigenes Geld ab. Das ist in sich bereits schon ein Unding. Die letzten Jahre war ich sehr lange frustriert, weil Bargeld befindet sich im Grunde genommen im freien Fall. Bargeld kann sich so gar nicht halten, nach der Statistik von der Deutschen Bundesbank. Die letzte Statistik ist im Jahr 2023 rausgekommen. Über die Barzahlungsquote in Deutschland werden noch zu 51 Prozent die Produkte mit Bargeld bezahlt. Pro Jahr reduziert sich es um vier Prozent. Das heißt, jetzt im Jahr 2025 sind wir im Grunde genommen bei 43 Prozent. Wenn jetzt noch der direkte Konkurrent vom E-Euro dazukommt, dann kann das auch bis 2030 sehr schnell sein, dass man eben bei einer Barzahlungsquote nur noch bei 15 Prozent oder darunter sind. Und das ist die ganze Problematik.

Ich selber war sehr frustriert, dass überhaupt kein politischer Wille da war, um Bargeld gesetzlich zu schützen. Bargeld braucht zwingend einen gesetzlichen Schutz! Und ein gesetzlicher Schutz ist, dass wir wieder die Wahlfreiheit bekommen, mit Bargeld zu bezahlen. Dass es wieder in die Hände der Bürger letzten Endes kommt. Dafür brauchen wir im Grunde genommen einen „Annahmefzwang“ im Handel und auch bei den staatlichen Stellen. Ab diesem Zeitpunkt – und es geht ja heute um den mündigen Bürger – hat der Bürger oder die Bürgerin letzten Endes die Möglichkeit, wieder zu wählen. Also wir brauchen wieder die Wahlfreiheit und ich denke, das ist wichtig.

Politischen Willen gibt es bis heute nicht. Aber es ist eine einmalige Chance zur gesetzlichen Verankerung des Bargeldes entstanden. Nicht, weil es politisch gewollt ist, sondern weil die Machthaber und auch die Politik etwas anderes haben wollen. Sie wollen den E-Euro, zwingend. Sie ziehen das auch durch – aktuell sieht es ganz klar danach aus.

Deshalb ist ein „Verordnungsvorschlag“ für den E-Euro herausgekommen und sie wollen den E-Euro als gesetzliches Zahlungsmittel haben. Das heißt, sie waren gezwungen, am gleichen Tag auch einen Verordnungsvorschlag für das Bargeld herauszubringen. Weil Bargeld ist aktuell das einzige gesetzliche Zahlungsmittel.

[Moderator:] Also das heißt praktisch, dass paradoxeise die Einführung des E-Euros erst mal das Bargeld schützt und garantiert, gewissermaßen?

[Hansjörg Stützle:] Nein, auf gar keinen Fall. Also normalerweise wäre es schön. Wir sehen es auch jetzt hier gerade. Der E-Euro laut Verordnungsvorschlag bekommt im Handel – so ist zumindest der Vertragsentwurf – eine Annahmepflicht.

[Moderator:] Ja, aber weil Sie sagten, sie waren gezwungen, das andere auch reinzuschreiben in die Verordnung. Also ist doch beides dann in der Verordnung garantiert, oder?

[Hansjörg Stützle:] Nein, es sind zwei Verordnungsvorschläge. Es sind zwei Verordnungsvorschläge – einmal ein Verordnungsvorschlag für den E-Euro und ein Verordnungsvorschlag für das Bargeld. So, das ist mal ein ganz wichtiger Punkt. Interessant ist, dass der Verordnungsvorschlag des Bargeldes keine Annahmepflicht oder Annahmezwang im Handel bekommt. Zumaldest steht es drin. Das ist in sich eigentlich ein Unding. Das heißt, wir würden zukünftig zwei unterschiedliche gesetzliche Zahlungsmittel haben. Einmal den E-Euro und einen unterprivilegierten, das wäre das Bargeld.

Und alles, wie immer bei der Bargeldabschaffung, alles kommt zufällig. Die Europäische Kommission ist durchdrungen mit Juristen, Ökonomen, Betriebswirten. Und sie haben zufällig einen Fehler gemacht, nämlich: Bargeld – keine Annahmepflicht im Handel gegeben. So, das ist schon mal bemerkenswert, finde ich.

Hier ist jetzt aber auch die Chance, die wir haben, nämlich, dass wir uns jetzt einsetzen. Das Türchen wird in den nächsten Monaten bereits wieder geschlossen. Dass Bargeld auch gleichgesetzt wird mit dem E-Euro, dass es eine Annahmepflicht im Handel bekommt. Das ist zwingend erforderlich, zwingend erforderlich.

Wir müssen jetzt im Grunde genommen sehr viel Druck auf die Entscheider machen, dass das auch der Bürgerwillen ist. Und dafür habe ich dann eine Petition etabliert. Das ist eine Petition unter www.bargelderhalt.eu, wo wir aktuell 126.000 Unterzeichnungen haben. Das Problem ist, es reicht nicht aus. Wir müssen schauen, dass es die Bevölkerung repräsentiert. Und da bitte ich einfach drum – und das ist ein Hilferuf heute auch – dass sie die Petition unterschreiben, weitergeben, etc. Denn als wir die Petition herausgebracht haben, haben wir einen Presseartikel an 350 Zeitungen rausgegeben. Und wir haben nur drei Antworten bekommen. Und die Antwort war: Bitte schreiben Sie uns zukünftig nicht mehr an.

Das ist natürlich ein Indiz, was sehr schlecht ist. Und trotzdem haben wir 126.000 Stimmen bisher bekommen. Aber wir brauchen mindestens 300.000. Ich meine, wir müssten eigentlich die Millionengrenze haben, damit ich die Möglichkeit habe, an den entsprechenden staatlichen Stellen einen Druck zu erzeugen. Grundsätzlich kann jeder diese Petition unterzeichnen, egal ob Österreicher – auch Schweizer könnten das vom Grundsatz her tun. Wir müssen einfach dieser Petition die Stimme geben. Und hier ist die Forderung, dass einmal Bargeld eine Annahmepflicht im Handel bekommt und natürlich auch bei den staatlichen Stellen. Das ist im Grunde genommen die Forderung und die Lösung. Das Problem ist, es wird dieses Jahr entschieden! Das heißt, wir haben nur ganz, ganz wenig Zeit.

[Moderator:] Da ist natürlich jetzt die Frage: Wie weit ist überhaupt das Europäische Parlament von mündigen Abgeordneten wiederum bestückt, die ja selbst das entscheiden, was sie wirklich denken und wollen. Vielen fehlen da auch die fachlichen Voraussetzungen. Wir wissen es ja, dass da einfach nur Fraktionsbeschlüsse abgenickt werden zum Teil. Und dass das beim EU-Parlament noch viel schlimmer als bei nationalen Parlamenten im Hinterzimmer sozusagen ausbalowert wird. Das heißt, der Druck müsste hier schon erheblich sein. Vor allem auch die Öffentlichkeit müsste erheblich sein.

Deswegen jetzt mal, um eine Zahl zu nennen, die Größenordnung. Was würden Sie denn sagen, ab welcher Zahl von „Petenten“ hier mit einem wirklichen Durchbruch zu rechnen ist – dass das wirklich auch zu einer kritischen Bewegung dann im Parlament führt?

[Hansjörg Stützle:] Parlament ist eins. Momentan wird der Verordnungsvorschlag im ECON-Ausschuss des Europäischen Parlaments diskutiert, beziehungsweise hier kann noch Veränderung stattfinden. Das heißt, der erste Schritt ist, den Druck auf den ECON-Ausschuss erhöhen. Dafür mache ich viele Aktionen.

Vielleicht auch nur so zur Information: Unter anderem durch die Bargeldpetition haben wir eine Community entwickelt mit insgesamt aktuell 65.000 Menschen. Das heißt also: Wir versuchen eine Lobby zu erschaffen für das Bargeld, dass wir gemeinsam Aktionen durchführen können. Und wir machen gewisse Mitmach-Aktionen. Aktuell versuchen wir den ECON-Ausschuss dem Bürgerwillen näher zu bringen, indem wir ganz große Briefaktionen machen. Bei der letzten Briefaktion haben 1.300 Menschen mitgemacht. Und da laufen natürlich entsprechende Briefe. Das heißt, wir müssen erst mal den Druck auf den ECON-Ausschuss machen. Aber trotzdem muss in der Bevölkerung und auch bei den Politikern neues Bewusstsein zu diesem Thema erschaffen werden. Also ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Bargeld braucht zwingend eine gesetzliche Verankerung – das heißt, Annahmepflicht im Handel und bei den staatlichen Stellen.

[Moderator:] Ich frage nur, weil wie gesagt 146.000 – wenn Sie sagen, dass das europaweit eigentlich ist – ist das nicht so wirklich viel. Das heißt, es müssen ja deutlich mehr werden. Deswegen die Frage, was würden Sie sagen: Was so das Ziel hier ist, um damit wirklich punkten zu können?

[Hansjörg Stützle:] Also ich meine, wir müssen die Millionengrenze erreichen. Ich beziehe es ja sehr stark jetzt erst mal auf Deutschland. Das ist jetzt sonst auch kaum sichtbar jetzt erst mal. Und bei einer Million kriegen wir Druck. Das ist alles ja kein Wunschdenken, sondern wir müssen einfach etwas tun. Ich bin ja jetzt auf Vortragsreise gewesen und habe versucht, dass wir stärkeren Kontakt kriegen zu Multiplikatoren. Das heißt, ab heute beende ich meine Vortragsreise. Die nächsten zwei Monate gehe ich ganz stark zu YouTube-Kanälen, die mich einladen zu Interviews, um dieser Petition eine Sichtbarkeit zu geben. Dass tatsächlich eventuell diese Millionengrenze vielleicht erreicht werden würde.

Da bitte ich eigentlich um Hilfe: Wenn Sie Kontakt zu Multiplikatoren, zu Zeitungen etc. haben, einen Kontakt herzustellen, dass ich diese Petition vorstellen kann – und dass es eine Sichtbarkeit bekommen kann. Dann kann das leicht schnell auch eine Millionengrenze erreichen. Da brauche ich die Hilfe von allen. Das ist auch einer der Hauptgründe, warum ich hier vorne stehe heute.

[Moderator:] Vielen Dank dafür. Und Sie hatten es vorhin in der Problembeschreibung auch kurz angesprochen – natürlich die Frage: auf der einen Seite Karte, auf der anderen Seite Bargeld? Im Prinzip ist es ja wie eine Art Wahlentscheidung. Das heißt, man kann im Prinzip auch selbst etwas tun, indem man möglichst viel bar bezahlt, oder?

[Hansjörg Stützle:] Also ist ja der Titel von heute „Der mündige Bürger“. Das heißt, für einen mündigen Bürger brauchen wir erst mal eine Wahlfreiheit und ein Bewusstsein, was wir verursachen. Wir wissen, die Notenbanken kombinieren die Zukunft des Bargeldes mit der Nachfrage. Aus *der* Sicht ist es tatsächlich so, dass wir eine direkte Demokratie aktuell haben bezüglich Bargeld – denn es gibt einen Wahlschein für den Bargelderhalt. Und der Wahlschein sieht zum Beispiel so aus. Das heißt also, wir wählen nicht Bargeld alle vier Jahre, wie bei der Bundestagswahl etc., sondern: Wir wählen Bargeld jeden Tag bei jedem Kauf, den wir machen! Das heißt, es ist die Frage und es gehört zum mündigen Bürger, zu realisieren, dass wir die Nachfrage möglichst hoch halten müssen für das Bargeld. Das ist das Entscheidende, also ein Bewusstsein darüber.

Das heißt also, wir geben beim nächsten Einkauf unseren Wahlschein ab, entweder für den Erhalt des Bargeldes – aber es gibt auch einen Wahlschein für die Bargeldabschaffung. Und Sie haben auch die Möglichkeit zu sagen: Okay, ich zahle mit Karte oder Handy. Und damit sagen Sie nichts anderes als: Ich bin für die Bargeldabschaffung. Das ist die Essenz daraus.

Warum ich im Grunde genommen hier vorne stehe, ist nichts anderes, als den Menschen zu erklären, was sie mit ihrem Tun verursachen. Ja, und ich wünsche mir den mündigen Bürger, der das reflektiert: Was ich mit diesem Wahlschein verursache, und was ich mit diesem

Wahlschein verursache. Das ist der einzige Grund, ich möchte den mündigen Bürger. Und der mündige Bürger ist wichtig, dass man ihn sehr, sehr gut aufklärt zu diesem Thema.

Es wird gerade gefragt, wie lange die Petition läuft. Sie wird so lange laufen, bis beim Europäischen Parlament darüber abgestimmt wird. Ich würde sagen, es wird im Maximum bis Oktober 2025 laufen. Wir müssen schauen, ob es vorher kommt. Aber aller Voraussicht nicht 2025, weil dort soll der E-Euro in die dritte Phase der Entwicklung gehen.

[Moderator:] Ja, erst mal vielen Dank für die Einschätzung. Und deswegen sind ja auch Veranstaltungen wie diese von Erwin Rigo hier so wichtig, damit wir diese Themen auch mal den Menschen ins Bewusstsein tragen. Weil viele das, also hier im Raum sicherlich überproportional viele mehr, aber in der Öffentlichkeit eben viele nicht. Ja, leider

[Hansjörg Stützle:] Ja, und ich möchte noch etwas dazu sagen. Also unter www.bargelderhalt.eu kann man es selber unterzeichnen. Und wenn Sie dort das Häkchen machen in einem Kasten, sind Sie in der Community automatisch drin. Da steht drin, ob Sie über den weiteren Verlauf der Petition informiert werden wollen und dann sind Sie in der Community drin. Die Community ist immens wichtig. Weil selbst wenn wir Erfolg haben sollten mit der Petition, ist nur der freie Fall des Bargeldes gestoppt. Aber die Marketingmaßnahmen der Finanzindustrie gehen weiter. Das heißt, wir müssen uns vorbereiten, wir müssen eine Lobby erschaffen für das Bargeld, für unsere Freiheit.

[Moderator:] Sehr schöne Schlussworte und zur Zusammenfassung. Viel Glück dabei und weiter viel Engagement in dem Thema.

[Hansjörg Stützle:] Danke.

Um die im Interview offen gebliebenen Fragen: *Warum macht man das? Warum wird eigentlich das Bargeld reduziert?* noch zu beantworten, zeigen wir zur Abrundung des interessanten Beitrags von Herrn Stützle im Anschluss die Kla.TV-Sendung „**Bargeldabschaffung durch rücksichtloses Machtstreben**“ www.kla.tv/15288

Die US-Regierung ist eine der starken Kräfte, die für die weltweit immer schneller voranschreitende Bargeldabschaffung verantwortlich ist. So wurde mit Hilfe der US-Behörde für Entwicklungshilfe USAID im Jahr 2012 die „Better than Cash Alliance“ gegründet. Durch diese wird seitdem die weltweite Bargeldabschaffung massiv vorangetrieben. Grund für dieses Engagement der USA ist, dass der bargeldlose Zahlungsverkehr weltweit von US-amerikanischen Firmen beherrscht wird. Dadurch ist es der US-Regierung indirekt möglich, die finanziellen Transaktionen einzelner Länder, Banken, Firmen und auch einzelner Personen zu überwachen und sie vom bargeldlosen Zahlungsverkehr auszuschließen, wenn sie nicht in ihrem Sinn handeln. Dies stellt einen gewaltigen Machtfaktor dar, der inzwischen fast so groß sein dürfte wie die militärische Dominanz der USA. Durch das Zurückdrängen des Bargelds wächst somit automatisch die Macht der USA.

Die Vorgehensweise dieser Finanzstrategen zum Ausbau ihrer Macht durch die Hand großer Zahlungsdienstleister oder internationaler Bankensysteme nehmen wir nun anhand einiger Beispiele aus der ganzen Welt unter die Lupe:

Der international tätige Zahlungsdienstleister VISA hat intensive Maßnahmen eingeleitet, um das Zahlen mit Bargeld zu verdrängen. So sollen mit einem Budget von bis zu 500.000 US-Dollar Bars, Cafés und Restaurants in den USA gefördert werden, wenn sie kein Bargeld mehr annehmen. Des Weiteren versuchte VISA die bulgarische Regierung dahingehend zu beeinflussen, dass die Bargeldebergrenze in zwei Schritten auf ca. 500 € gesenkt wird. Dass es hierbei um handfeste wirtschaftliche Interessen geht, belegen Zahlen aus den USA. Dort entstanden im Jahr 2018 allein durch Kreditkartenzahlungen Kosten in Höhe von 90 Milliarden US-Dollar. Geld das zum größten Teil von den Kunden gezahlt wurde und in die Taschen der bargeldlosen Zahlungsdienstleister floss. Doch dies sind nicht die einzigen

Folgen einer zunehmenden Verdrängung des Bargelds. Anhand der drastischen Entwicklungen in Griechenland, lassen sich die

Konsequenzen der Bargeldabschaffung erahnen. Dort werden die Bürger mit Steuerstrafen belegt, wenn sie zu wenig bargeldlos bezahlen und die Geschäfte werden quasi gezwungen, Verträge mit Unternehmen wie VISA abzuschließen. Auch muss zuhause aufbewahrtes Bargeld den Behörden angezeigt werden und es wird beschlagnahmt, wenn dessen Herkunft nicht nachgewiesen werden kann.

Und hier gehen die Interessen zweier Bereiche; die der Zahlungsdienstleister und der internationalen Banksysteme Hand in Hand: Im Folgenden wird klar, dass diese Bereiche wie Zahnräder eines Uhrwerks ineinander greifen, um bis zum Privateigentum die Kontrolle über finanzielle Mittel zu bekommen.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, arbeitet die EZB seit Jahren mit sinkenden Leitzinsen. Da Negativzinsen auf dem Sparkonto einer schleichenden Enteignung gleichkommen, können sich Anleger durch das Abheben ihres Geldes vor Wertverlust schützen. Diese Selbstbestimmung über die eigenen Vermögenswerte begrenzt aber die Einflussmöglichkeiten der EZB. In einem Arbeitspapier des IWF zur Umsetzung des Negativzinssystems wird nun vorgeschlagen, auf Bargeld eine Umtauschgebühr zu erheben, die demselben Zinssatz entspricht, welcher auf angelegtes Vermögen anfällt. Bei einem Negativzinssatz von bspw. -5% bekäme man dann bei der Abhebung von 100€ am Bankautomaten noch 95€ Bargeld in die Hand. Die Konsequenz wäre, dass die Attraktivität von Bargeld als Sparanlage und Zahlungsmittel drastisch sinken würde und einer endgültigen Abschaffung des Bargelds der Weg geebnet wäre. Prof. Hans-Werner Sinn, ehemaliger Präsident des ifo-Instituts und Wirtschaftsweiser, kommentiert dazu: „Wenn die EZB beim Euro das Bargeld abschaffen will, muss Deutschland die DM wieder einführen.“ „Bargeld ist ein wichtiger Bestandteil von Freiheit.“ „Geld heißt soviel wie geprägte Willensfreiheit. Es ist daher für den Menschen, der dieser völlig beraubt ist, von zehnfachem Wert.“ Fjodor M. Dostojewski, russischer Schriftsteller.

Verehrte Zuseher, die weiteren Beiträge dieser Veranstaltung in Dornbirn sind auf HOCH2.TV bereits zu sehen. Die Links dazu finden Sie unter dieser Sendung. Wir bedanken uns an dieser Stelle noch bei HOCH2.TV für die gute Kooperation.

von hr.

Quellen:

Hansjörg Stützle

<https://hoch2.tv/sendung/unternehmensberater-stuetzle-bargeld-gefaehrdet-das-businessmodell-der-finanzindustrie>

Ergänzendes zu diesem Thema:

Petition: Bargeld in Europa gesetzlich schützen! Wahlfreiheit statt Bevormundung!
<https://bargeldverbot.info/petition>

Warum macht man das? Warum wird das Bargeld eigentlich reduziert?

Um die im Interview offen gebliebenen Fragen bei Min. 13:10 noch zu beantworten, sehen Sie zur Abrundung des interessanten Beitrags von Herrn Stützle die Kla.TV Sendung:
„Bargeldabschaffung durch rücksichtloses Machtstreben“
www.kla.tv/15288

Weitere Beiträge von der Veranstaltung *Der mündige Bürger*, vom März 2025 in Dornbirn.
HOCH2.TV macht's möglich, danke!

1. Erwin Rigo – Eröffnung

<https://persoenlichkeitssbildung.at/>

2. Dr. med. Sharon Tagwerker – Perspektiven und Lösungsansätze für Kinder und Jugendliche

<https://hoch2.tv/sendung/kinderaerztin-tagwerker-tieferer-iq-bei-kindern-die-maske-tragen-mussten>

3. Rechtsanwalt Kruse – WHO-Regelwerke: «Toxisch von A bis Z und vollständig abzulehnen!»

<https://hoch2.tv/sendung/rechtsanwalt-kruse-ueber-who-regelwerke-toxisch-von-a-bis-z-und-vollstaendig-abzulehnen/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Interviews - www.kla.tv/Interviews

#Wirtschaft - www.kla.tv/Wirtschaft

#Bargeldabschaffung - www.kla.tv/Bargeldabschaffung

#HansjoergStuetzle - www.kla.tv/HansjoergStuetzle

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis: Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.